

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

05.09.2007

Der Rat möge beschließen:

Kommunales Energiemanagement jetzt umsetzen!

Die Verwaltung entwickelt die vorhandenen Aktivitäten und Strukturen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz weiter und baut dazu ein umfassendes und systematisches kommunales Energiemanagement und Energiecontrolling auf.

Zu diesem Zweck werden folgende Maßnahmen getroffen:

- Einrichtung einer Stabsstelle „Energie- und Klimaschutzbeauftragter“ beim Oberbürgermeister
- Mitarbeit im bestehenden Netzwerk Kommunaler Energiebeauftragter
- Beitritt zum Klima-Bündnis europäischer Städte und Gemeinden
- Einbeziehung aller städtischen Betriebe und Gesellschaften über ein Beteiligungs-Energiecontrolling
- Regelmäßige, jährliche Berichterstattung gegenüber dem Rat und der Öffentlichkeit

Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat bis zum Jahresende ein Konzept für ein kommunales Energiemanagement vorzulegen.

Begründung:

Die Klimaerwärmung gefährdet das Gleichgewicht der ganzen Erde. Die Industrienationen des Nordens sind durch ihren hohen Energieverbrauch die Hauptverursacher des Klimawandels. Bei allen Anstrengungen und Fortschritten sowie landesweit vorbildlichen beispielhaften Projekten, die in Emden bei der Energieeinsparung, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und beim Klimaschutz erreicht wurden und nicht geschmälert werden sollen, gibt es weiteren Handlungsbedarf:

Die Stadt Emden verfügt offensichtlich noch nicht über ein umfassendes und systematisches Energiemanagement aller kommunalen Liegenschaften und kommunal genutzter Gebäude. Dies ergibt sich zumindest aus der Antwort der Verwaltung an die Grünen-Fraktion zu Stromverbrauch und Stromkosten.

Demnach betrug der Stromverbrauch der Stadtverwaltung (ohne Eigenbetrieb und Gesellschaften) 5,1 Mio. Kilowattstunden im Jahr 2006. Die Straßenbeleuchtung verschlingt mit 2,5 Mio. den größten Brocken, danach kommen die Schulen mit 1,7 Mio. Während in den Schulen der Stromverbrauch seit 2004 jährlich um 30.000 kwh gesenkt werden konnte, ist er insgesamt jedoch annähernd gleich geblieben. Die Stromkosten betragen im Jahr 2006 rund 830.000 Euro.

Für die Ermittlung der Daten zur Beantwortung der Anfrage hat die Verwaltung über vier Monate gebraucht. Zudem waren die Daten unvollständig und nicht ausreichend transparent. So liegen Verbrauchsaufzeichnungen für die Verwaltungsgebäude nicht vor. All dies ist mit dem Anspruch der Stadt, Vorreiter beim Klimaschutz und der Energieeinsparung zu sein, nicht vereinbar. Eine mögliche Senkung des Energieverbrauches und der Betriebskosten sind damit verschenkt worden.

Die systematische Erfassung und Bewertung der Verbrauchsdaten ist ein wichtiger Baustein für ein umfassendes Controlling in der Gebäudewirtschaft. Dies ist derzeit in der Verwaltung nicht gewährleistet. So sind die Zuständigkeiten auf verschiedene Fachdienste und das Gebäudemanagement verstreut und nicht abgestimmt. Das von der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zum "European Energy Award" vorgeschlagene Maßnahmenkonzept wurde bislang in wesentlichen Teilen nicht umgesetzt.

Es bedarf aus diesen Gründen der politischen Initiative des Rates, geeignete organisatorische, personelle und technische Maßnahmen zu beschließen, um die bestehende Defizite abzubauen.

- Aufbau von Verantwortungsstrukturen in der Verwaltung.
- Einrichtung einer Stabsstelle "Energie- und Klimaschutzbeauftragter" beim Verwaltungsvorstand
- Kennzahlenbildung nach unterschiedlichen Nutzungen differenziert
- Zeitnahe, fortlaufende Erfassung der Energieverbrauchskennzahlen aller kommunalen und kommunal genutzten Gebäude für ein Controlling in einer Gebäudedatenbank (Softwarebeschaffung)
- jährliche Energieberichterstattung durch die Verwaltung
- Prüfung des Einsatzes von Gebäudeleittechnik zur Anlagenüberwachung
- Erstellung eines Energieausweises (Energiebedarf) für jedes von der Kommune genutzte Gebäude
- Erstellung eines Energieeinsparkonzeptes auf der Basis der ermittelten Energieeinsparpotenziale für alle kommunal genutzten Gebäude (Angaben der Kosten / Reduktion klimarelevanter Gase)
- Bereitstellung eines Energieeinsparbudgets zur Finanzierung von vielfältigen "kleinen" Energieeinsparmaßnahmen (Speisung u.a. aus bereits erzielten Einsparungen)

Der Beitritt Emdens zum Klima-Bündnis kann dies unterstützen. Im Klima-Bündnis engagieren sich Städte und Gemeinden im kommunalen Klimaschutz. Die Klima-Bündnis-Mitglieder tauschen Erfahrungen aus, stärken ihren Einfluss auf die nationale und internationale Klimapolitik und engagieren sich für eine zukunftsfähige und klimafreundliche Entwicklung. Ihre Bündnis-Partner sind die indigenen Völker der Regenwälder, denn die Bewahrung der Regenwälder sichert die Lebensgrundlage dieser Völker und ist zugleich aktiver Klimaschutz. Die vorliegende einstimmige Beschlussempfehlung zum Thema Palmöl-Nutzung zeigt, dass sich der Rat bereits in diese Richtung engagiert.

„Mehr als 1.400 Städte, Gemeinden, Landkreise, Bundesländer und Organisationen aus 17 europäischen Ländern haben sich seit 1990 dem Klima-Bündnis e.V. angeschlossen, Europas größtem Städtenetzwerk zum Klimaschutz. Sie repräsentieren insgesamt fast 50 Millionen Bürgerinnen und Bürger – jede zehnte Person in der Europäischen Union lebt heute in einer Klima-Bündnis-Kommune. ...

Die Mitgliedsstädte und -gemeinden im Klima-Bündnis haben sich freiwillig dazu verpflichtet, den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zu reduzieren:

Ziel ist, den CO₂-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden. Langfristig streben die Klima-Bündnis-Städte und Gemeinden eine Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro EinwohnerIn und Jahr durch Energiesparen, Energieeffizienz und durch die Nutzung erneuerbarer Energien an. Dieses Ziel erfordert das Zusammenwirken aller Entscheidungsebenen (EU, Nationalstaat, Regionen, Gemeinde), es kann mitunter nicht durch Maßnahmen im Entscheidungsbereich der Gemeinde allein erreicht werden. Um die Entwicklungen ihrer Bemühungen im Klimaschutz zu dokumentieren, werden die Klima-Bündnis-Mitglieder regelmäßig Bericht erstatten.“ (Klima-Bündnis)

Bernd Renken
Fraktionssprecher